



## JUNGE WISSENSCHAFT IM ÖFFENTLICHEN RECHT

[Blog](#)
[Verein](#)
[Service](#)
[Tagungen](#)
[Kontakt](#)
[Weitere Projekte](#)

05.  
Nov 2015

# Le Genre et le Droit

### Kategorien:

Recht  
dogmatisch,  
Recht  
politisch,  
Recht vor  
Gericht

### Kommentare:

1  
Kommentar

### Tags:

Deutschland,  
Frankreich,  
Franziska  
Brachthäuser,  
Gender,  
sexe  
neutre,  
Transsexualität

## Ein kleiner Rechtsvergleich zur Frage des Geschlechts in Deutschland und Frankreich

von FRANZISKA BRACHTHÄUSER



Am 20. August gab es durch das **Urteil des Tribunal de Grande Instance (TGI) in Tours** (im deutschen Recht vergleichbar mit einem Landgericht) eine *première française*: Zum ersten Mal ist durch Urteil eines Gerichts anerkannt worden,

dass nach dem französischen Personenstandsrecht auch das *sexe neutre*, das neutrale Geschlecht, zulässig sein soll. Eine 64-jährige intergeschlechtliche Person hatte vor dem Tribunal geklagt, um ihren als männlich eingetragenen Personenstand nach den Vorschriften von **Artikel 99** des französischen Code Civil korrigieren zu lassen. Anerkannt wurde dadurch etwas, was in Deutschland bereits seit dem 1. November 2013 gesetzlich vorgesehen ist: Die Existenz einer dritten Option außerhalb des binären Geschlechtersystems (**§ 22 Abs. 3 PStG**). Das Urteil soll als Anlass dienen, die Rechtslage zum Geschlecht in beiden Ländern in Ansätzen zu vergleichen.

## Die Geschlechtskategorie im Recht

Sowohl in Frankreich als auch in Deutschland schreibt das Gesetz vor, dass das Geschlecht der Bürger\_innen von Geburt an erfasst werden soll. In Deutschland wird dies

## Neues im JuWissBlog

Nachruf auf Dr. Carsten Hörich – einen kritischen Migrationsrechtler und besonderen Menschen

Wenn sich die Politik über das Recht erhebt: Der „Stadthallen-Fall“ von Wetzlar und seine Folgen

Bundesamt für Verfassungsschutz im Zentralisierungsdilemma- Unnötiger Richtungsstreit oder längst notwendige Positionierung?

Autonomie „über alles“: Eine Kritik des Achmea-Urteils des EuGH

„Schleuser-Merkel“ – Wie Anzeigen und Verdächtigungen den politischen Diskurs bedrohen

Die Justiz Saudi-Arabiens: Ein Rechtssystem im Wandel

Befragung statt Urwahl

Ein Klassiker mit Klasse – 60 Jahre Lüth

Sechs Fragen an... Prof. Dr. Anne Sanders, M.Jur. (Oxford), Professorin an der Universität Bielefeld

durch die Regeln des Personenstandsgesetzes vorgeschrieben – in Frankreich durch [Artikel 57](#) des Code Civil.

In französischen Medien wird Deutschland vielfach als [Vorreiter](#) in Bezug auf die Rechtslage nach dem Urteil zitiert. Die Rechtslage ist in den beiden Ländern aber unterschiedlich. Nach dem Wortlaut des deutschen Gesetzes ist anstatt einer Eintragung von „männlich“ und „weiblich“ der Geschlechtseintrag im Personenstand offen zu lassen, wenn „das Kind weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht zugeordnet werden [kann]“. Dadurch entsteht keine konkrete neue Kategorie – vielmehr benennt die Norm als dritte Option quasi ein [Nicht-Geschlecht](#). Anders das Urteil des TGI Tours: Es erklärt die Zuteilung eines intergeschlechtlichen Menschen zu einem Geschlecht als einen Akt der Unmöglichkeit. Ein zugeteiltes Geschlecht erscheint wie eine *pure fiction*, ein Widerspruch zu dem Recht auf Identität, die aus Art. 8 EMRK resultiert. Als neue Kategorie führt das Gericht das *sexe neutre* ein. Das klingt zumindest in diesem Begründungszusammenhang schon einmal ganz anders als der Wortlaut des § 22 Abs. 3 PStG.

Einen zentralen Unterschied gibt es aber auch in der Qualität der Rechtsakte: In Deutschland handelt es sich um ein vom Parlament erlassenes Gesetz; in Frankreich um ein bloßes Urteil bezogen auf den Einzelfall. Nach [Artikel 5](#) des Code Civil obliegt es nicht der französischen Rechtsprechung, allgemeine und generelle Rechtsakte aufzustellen – klassischer Ausdruck der Gewaltenteilung. Dennoch hat die französische *jurisprudence* als Richterrecht faktisch den Stellenwert und die Funktion einer Rechtsquelle entwickelt. Es bleibt für das Urteil des TGI Tours allerdings abzuwarten, ob es Bestand haben kann: Berufung wurde bereits beim *Cour d'Appel d'Orléans* eingelegt. Es kann also gut sein, dass dem Urteil in nächster Instanz widersprochen wird. In dem Fall wird allerdings auf nächster Stufe der *Cour de Cassation* angerufen – und wenn dieser die Notwendigkeit des *sexe neutre* bestätigt, hat sich das französische Recht eine Stufe weiterentwickelt. Eine Initiative des Parlaments ist noch nicht in Sicht. Es bleibt also zu schließen: In seinem Wortlaut durchaus progressiv, steht das Urteil des TGI Tours auf wackeligen Beinen. Es zeigt den Weg auf zu einer Rechtsänderung, leistet sie aber selbst noch nicht.

## Anerkennung der Geschlechtsidentität transgeschlechtlicher Menschen

Nicht im Urteil des TGI angesprochen sind die Rechte transgeschlechtlicher Menschen in Frankreich. Die basieren bis dato auf einer [Rechtsprechung des Cour de Cassation](#) aus dem Jahr 1992, die erst auf eine [Verurteilung Frankreichs durch den EGMR](#) folgte. Ein Parlamentsgesetz gibt es bislang nicht. Das Urteil des Gerichts sieht vor, dass es transgeschlechtlichen Menschen möglich sein soll, ihr rechtliches Geschlecht zu ändern. Voraussetzung hierfür ist eine operative Geschlechtsumwandlung aus „therapeutischen“ Gründen. Durch einen [Runderlass von 2010](#) wird versucht, die bis dahin uneinheitliche Praxis der Gerichte zur Änderung des rechtlichen Geschlechts anzugleichen: Eine hormonelle Geschlechtsumwandlung wird als zulässig anerkannt, solange die einen „physisch eindeutigen“ und vor allem einen irreversiblen Effekt hat. Eine Fortpflanzungsunfähigkeit, so wie das im deutschen Transsexuellengesetz lange Voraussetzung war, wird nicht gefordert. Regelfall sollen aber die operativen Geschlechtsumwandlungen bleiben. Der Prozess ist lang und teuer: Er erfordert eine Reihe medizinischer und therapeutischer Gutachten und bereitet besonders dann Probleme, wenn er im Ausland vorgenommen wird.

Auch die Änderung des Vornamens nach [Artikel 60](#) des französischen Code Civil wird an die Voraussetzung einer irreversiblen Veränderung der Erscheinung geknüpft. Erst durch ein [Dekret von 2010](#) wird offiziell anerkannt, dass es sich bei Transgeschlechtlichkeit nicht um eine krankhafte Störung handelt. Seitdem hat sich die Rechtslage in gezieltem Bezug auf transgeschlechtliche Menschen nicht weiter entwickelt. Die Einführung der *mariage pour tous* durch die [Gesetzesänderung am 13. Mai 2013](#) hat aber für verheiratete transgeschlechtliche Personen automatisch den Effekt, dass ihre Ehe auch nach einer Geschlechtsänderung gültig bleibt.

In Deutschland werden die Rechte transgeschlechtlicher Menschen maßgeblich durch das sogenannte [Transsexuellengesetz von 1980](#) bestimmt, das in Folge [sechsfach](#) durch das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt wurde. Zuletzt hat das Bundesverfassungsgericht durch ein [Urteil im Jahr 2011](#) die Vorschrift kassiert, nach der eine operative Geschlechtsumwandlung für die rechtliche Änderung des Geschlechts obligatorisch war – die Änderung also, auf die

in Frankreich noch zu warten bleibt. Bislang ist der entsprechende Paragraph schlicht unanwendbar und eine Gesetzesreform dringend erforderlich. Dennoch ist das deutsche Recht dem französischen, das sich überhaupt nicht auf ein Gesetz, sondern maßgeblich auf ein Urteil aus dem Jahr 1992 stützt, eindeutig einen Schritt voraus.

## Gleichgeschlechtliche Ehe und weiter

Ein Gebiet, in dem auch einmal Frankreich Vorreiterin spielen darf, wurde bereits angesprochen: Die *mariage pour tous*, die gleichgeschlechtliche Ehe, die in Frankreich seit 2013 gesetzlich zulässig ist. Mit ihr einher gehen weitere **Änderungen im Familienrecht** – etwa das Recht gleichgeschlechtlicher Paare, gemeinsam Kinder zu adoptieren. Weitergehend sah der Gesetzesentwurf Änderungen im Wortlaut anderer Rechtsquellen vor – etwa *mari* und *femme* durch *époux* zu ersetzen. Das Vorhaben ist nicht durchgängig geglückt – an vielen Stellen im französischen Recht ist etwa noch von *mère* und *père* die Rede.

Und in Deutschland? Erst am 15. Oktober 2015 gab es eine Debatte zum Thema „Ehe für alle“ im deutschen Bundestag – beschlossen wurde aber **gerade keine solche**, sondern lediglich weitere graduelle Annäherungen zwischen Ehe und Lebenspartner\_innenschaft. Gerade das Recht auf Adoption von Kindern ist gleichgeschlechtlichen Paaren noch nicht zugestanden worden: Seit dem **Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 2013** ist gerade einmal die Sukzessivadoption zulässig. Auch von der Einführung einer geschlechtssensiblen Sprache in Bezug auf Elternschaft ist das BGB noch weit entfernt. Es besteht also durchaus **Handlungsbedarf**.

## Schluss

Eine Entwicklung in Bezug auf *genre*, auf Geschlecht, gibt es sowohl in Frankreich als auch in Deutschland. Unklar ist dabei, wieso in den beiden Ländern manche Vorhaben eher möglich erscheinen als andere und welche Konstellationen und Kräfteverhältnisse je dazu führen, dass bestimmte Änderungen gesetzlich, gerichtlich oder überhaupt nicht durchgesetzt werden. In Frankreich wird das Urteil des TGI Tours gerade als französische Premiere und Durchbruch gefeiert, dabei weist es vor allem aber auch auf die Widersprüche hin, die es noch zu beseitigen gilt.

*Franziska Brachthäuser ist Studentin der  
Rechtswissenschaft an der Universität Panthéon-Assas in  
Paris.*

Teilen:



Service am Montag →

← Opfer einer Kampagne? Die Leugnung des Genozids an den  
Armeniern vor dem EGMR

## Ähnliche Beiträge

Sexismus in der juristischen Ausbildung – (K)ein Thema für die JuMiKo?!	Der frisierte Gleichheitssatzverträgt	Wie viel Rassismus die Republik?	Menschenunwürdiger Strafprozess im Vereinigten Königreich? – Neues von der Verfassungsidentitätskontrolle
----------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------	-------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

EIN KOMMENTAR ZU "LE GENRE ET LE DROIT"

## Hinterlasse eine Antwort

Deine E-Mail-Adresse wird nicht veröffentlicht. Erforderliche Felder sind  
markiert \*

<input type="text"/>	Name *
<input type="text"/>	Email *
<input type="text"/>	Website

Ich bin kein Roboter.

reCAPTCHA

[Datenschutzerklärung](#) - [Nutzungsbedingungen](#)

- ☐ Benachrichtige mich über nachfolgende Kommentare via E-Mail.
- ☐ Benachrichtige mich über neue Beiträge via E-Mail.

## Aktuelle Beiträge

Nachruf auf Dr. Carsten Hörich – einen kritischen Migrationsrechtler und besonderen Menschen

Wenn sich die Politik über das Recht erhebt: Der „Stadthallen-Fall“ von Wetzlar und seine Folgen

Bundesamt für Verfassungsschutz im Zentralisierungsdilemma- Unnötiger Richtungsstreit oder längst notwendige Positionierung?

Tagung zum Netzwerkrecht: Die Zukunft des NetzDG und seine Folgen für die Netzkommunikation

Autonomie „über alles“: Eine Kritik des Achmea-Urteils des EuGH

„Schleuser-Merkel“ – Wie Anzeigen und Verdächtigungen den politischen Diskurs bedrohen

Die Justiz Saudi-Arabiens: Ein Rechtssystem im Wandel

Two Years after the “March of Hope” from Idomeni: Interventions against Push-Backs along the Balkan Route(s)

Vierter Kongress der deutschsprachigen Rechtssoziologie-Vereinigungen

Unpacking Economic and Social Rights: International and Comparative Dimensions

Rechtsvergleichung als didaktische Herausforderung – Zur Bedeutung der Rechtsvergleichung im juristischen Studium

Befragung statt Urwahl

Ein Klassiker mit Klasse – 60 Jahre Lüth

## Kontakt

Junge Wissenschaft im Öffentlichen Recht e.V.

Bucerius Law School  
Jungiusstraße 6  
20355 Hamburg  
Telefon 040 30706 204  
Telefax 040 30706 195

Kontakt zum Verein:  
[kontakt@juwiss.de](mailto:kontakt@juwiss.de)

Kontakt zum JuWissBlog:  
[redaktion@juwiss.de](mailto:redaktion@juwiss.de)

Hinweise zu Stellen, Call for Papers, etc. bitte an:  
[service@juwiss.de](mailto:service@juwiss.de)

## JuWiss-Blog abonnieren



## Tweets

**JuWiss**  
@JuWiss

Ein Nachruf auf Dr. Carsten Hörich – einen kritischen Migrationsrechtler und besonderen Menschen  
[wp.me/p2BnDU-4XJ](https://wp.me/p2BnDU-4XJ) [juwiss.de/27-2018/](https://juwiss.de/27-2018/)



29. März 201

**JuWiss**  
@JuWiss

Frederik Ferreau zum Stadthallenfall von Wetzlar: warum Wetzlar gegen den Rest der (Gerichts-) Welt weitreichende Folgen hat.  
[juwiss.de/26-2018/](https://juwiss.de/26-2018/)

	<p><b>Wenn sich die P...</b> von FREDERIK F... <a href="https://juwiss.de">juwiss.de</a></p>
--	------------------------------------------------------------------------------------------------------

29. März 201

Sechs Fragen an... Prof. Dr. Anne  
Sanders, M.Jur. (Oxford), Professorin  
an der Universität Bielefeld

---

Versammlungsverbot und  
Datenspeicherung zum Schutz der  
öffentlichen Sicherheit und  
Ordnung?

---

© 2015 Junge Wissenschaft im Öffentlichen Recht e.V. ISSN: 2567-2754

[Start](#) [Impressum](#) [Kontakt](#)

